

Gemeinsame Erklärung der BLAULICHT-FAMILIE,

zur Blaulicht Familie gehören für uns,

- Angehörige der klassischen Blaulicht Berufe, wie Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst
- Angehörige nahestehender Berufsgruppen, z. B. aus dem Gesundheitswesen, von den Staatsanwaltschaften und Gerichten, aus dem öffentlichen Dienst
- durch Eid an die Verfassung und die freiheitlich demokratische Grundordnung gebundene Menschen, wie z. B. Soldaten, Lehrer, Verwaltungsbeamte, öffentliche Amtsträger
- darüber hinaus natürlich all deren Familien und Angehörige

Unsere Ziele sind:

- die Versöhnung und das Zusammenführen der Menschen
 - o im Besonderen, die Auflösung der Spaltung innerhalb unserer Familie
 - o im Allgemeinen, dasselbe übertragen auf die gesamte Gesellschaft
- die Wiederherstellung des Vertrauens in unsere Berufsgruppen und in rechtsstaatliche Grundprinzipien, wie z. B. Verhältnismäßigkeit, Gewaltenteilung, Rechtsschutz, Remonstration im Beamtenrecht, Vorschriften zum Schutz vor Diskriminierung
- die unsichtbare & lautlose Masse kritischer Mitglieder der Blaulicht Familie zu verbinden und vor allem wahrnehmbar ins Bewusstsein der Bevölkerung zu tragen

Wir erklären, dass wir den umfassenden Betrug und die verheerenden Rechtsbrüche, die im Rahmen der weltweiten Krise rund um Corona begangen wurden, wahrgenommen und die hintergründigen Fakten erhoben haben.

- Die Änderung der Definition einer Pandemie
- Die fehlende Eignung von PCR-Tests zum Nachweis von Infektionen
- Die gezielte Erzeugung von Angst (Panikpapier BMI, Lockdown-Files, Yale Studie)
- Die Unterlassung der Prüfung der Covid19 Injektionen durch zuständige Behörden (PEI)
- Die Unterlassung der aktiven Überprüfung negativer Folgen aller Corona Maßnahmen
- Die (anhaltende) falsche Darstellung der tatsächlichen Lage

Die anschließenden Rechtsbrüche waren - und sind in Teilen bis heute - die Folge unterlassener Beweiserhebungen und somit einer unterlassenen Prüfung der Verhältnismäßigkeit seitens der zuständigen Gerichte.

Unter der Vorgabe die Gesundheit der Menschen zu schützen wurde ein Meinungskorridor erzeugt, welcher einer ausgewogenen Berichterstattung und tatsächlichen Gesundheitsvorsorge entgegensteht. Hilfreiche Maßnahmen wurden verschwiegen und teilweise gezielt ausgehebelt, sofern sie die Markteinführung der Covid19 Injektionen hätten gefährden können.

Wir erklären, dass wir wahrgenommen haben, wie entgegen jedem Recht mit hochqualifizierten, angesehenen Mitmenschen, darunter Ärzte, Polizisten, Soldaten, Richter u. v. a., umgegangen wurde und wird. Und zwar nur weil sie öffentlich Kritik äußern, Fragen stellen, Beweise erheben und unabhängig rechtsprechen oder sogar lediglich Bedenken bekunden.

Wir haben erkannt, dass der **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit** in den vergangenen drei Jahren in verschiedenen Bereichen missachtet wurde, was gegen unsere Verfassung verstößt. Grund- und Freiheitsrechte, wie die Meinungs- oder Versammlungsfreiheit, das Recht auf Freiheit, Gleichheit, körperliche Unversehrtheit und sogar das Recht auf Leben, wurden ohne eine fundierte Prüfung der Verhältnismäßigkeit eingeschränkt oder sogar gefährdet.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Kein Gesetz, keine Verordnung und keine Regelung kann verfassungsmäßig sein wenn die Menschen dadurch in ihrer Würde beeinträchtigt werden.

Wir erklären, dass wir für grundsätzliche demokratische Werte und Prinzipien, wie Rechtstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Gewaltenteilung, Meinungs- & Versammlungsfreiheit, Subsidiarität & Souveränität, Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit eintreten und uns diese zu eigen machen. Wir setzen uns für diese Werte ein, verteidigen sie und fordern sie hiermit auch aktiv ein.

Wir erklären, dass wir in unvorstellbarer Anzahl Fälle von Diskriminierung festgestellt haben. Begonnen mit Zutrittsverweigerungen gegenüber Menschen, die keine Maske tragen können oder dürfen, über die Absage von Vorstellungsgesprächen oder Praktika, aufgrund eines fehlenden „Impfnachweises“, bis hin zu 3-G, 2-G oder gar 2-G-Plus-Regeln, letztendlich gipfelnd in der einrichtungsbezogenen Impfpflicht oder der Duldungspflicht bei der Bundeswehr.

All diese und die vielen weiteren Rechtsverstöße müssen benannt, eingestanden und im Sinne der Gerechtigkeit aufgearbeitet und ausgeglichen werden. Verantwortliche Entscheidungsträger müssen, unabhängig von strafrechtlich relevanten Sachverhalten, die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Die juristische Aufarbeitung einerseits und die persönlichen Konsequenzen für die Menschen in verantwortlichen Positionen auf der anderen Seite, sind zwingend erforderlich, um einen erneuten zivilisatorischen Bruch dieser Art für die Zukunft zu verhindern. Die überwältigende Mehrheit aller Betroffener wurde nicht aus intrinsischer Motivation oder aufgrund eigener krimineller Energie zum Täter oder Tatbeteiligten, sondern durch Nötigung und den Einsatz psychologischer Mittel. All diese Menschen sind auch selbst zu Opfern gemacht worden.

Wir erklären, dass wir als Staatsdiener und als Angehörige der Berufe, deren ureigenste Bedeutung darin liegt, der Gesellschaft zu dienen und damit den Menschen zu helfen, uns sichtbar unter dem Banner der Rechtsstaatlichkeit verbinden.

Diese Erklärung wurde gemeinschaftlich verfasst von Mitgliedern von

- Polizisten für Aufklärung e. V.
- die blauen Lichter
- feuerwehrGEMEINSCHAFT
- Pflege für Aufklärung